



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Venezuela

2019

Venezuela befindet sich weiterhin in einer schweren Menschenrechtskrise. Außergerichtliche Hinrichtungen, willkürliche Verhaftungen, massive Polizeigewalt und rechtswidrige Tötungen durch Sicherheitskräfte sind weit verbreitet.

**Gewalt gegen Demonstrierende/ Außergerichtliche Tötungen**

Im Jahr 2019 berichtete Amnesty International wiederholt über Fälle von exzessiver Polizeigewalt gegen Demonstrierende. Demnach wurden tausende Zivilpersonen Opfer der Sicherheitskräfte, die unter der Herrschaft von Nicolás Maduro gegen Demonstranten und Demonstrantinnen vorgingen, die für Veränderungen in Venezuela demonstrierten. Die Behörden forderten Militär und Polizei dazu auf, Personen zu unterdrücken und zu bestrafen, die gegen die Regierung protestierten. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Penal Forum wurden im Jahr 2019 bis Oktober 2182 Personen willkürlich inhaftiert, davon 388 aus politischen Gründen.

Allein im Januar 2019 starben in 5 Tagen mindestens 49 Menschen bei Protesten. Alle starben an Schussverletzungen. Mehr als 900 Menschen wurden willkürlich verhaftet, allein am 23. Januar wurden 770 willkürliche Verhaftungen gemeldet. Amnesty International forderte im Mai 2019 in einer Petition die Mitgliedsstaaten des UN-Menschenrechtsrates auf, sich auf ihrer nächsten Sitzung für eine Untersuchungskommission zur Menschenrechtsslage in Venezuela einzusetzen.

Außerdem wurde wiederholt von außergerichtlichen Hinrichtungen berichtet. Zwischen dem 21. Januar und dem 25. Januar wurden elf junge Männer außergerichtlich hingerichtet. Alle elf galten als regierungskritisch und kamen aus von Menschen mit niedrigem Einkommen bewohnten Gebieten, in denen gegen die Regierung protestiert worden war. Später wurden diese Personen als „Kriminelle“ beschrieben, die angeblich bei Zusammenstößen während der Demonstrationen getötet wurden. Obwohl die Behörden von „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ sprachen, ist erwiesen, dass der Tatort manipuliert wurde.

Die Regierung weigert sich, das wahre Ausmaß der menschenrechtlichen Notlage

zuzugeben. Diejenigen, die für die Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, genießen in fast allen Fällen Straffreiheit. Opfer von Menschenrechtsverletzungen haben fast keine Möglichkeit, ihre Fälle vor ein Gericht zu bringen.

Die anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage und die katastrophale Menschenrechtslage haben dazu geführt, dass bis Ende 2019 ca. 4,8 Millionen Venezolaner/innen in Nachbarländer geflohen sind, viele von ihnen nach Kolumbien. (siehe auch Amnesty Journal 03/2019)

Ein schriftlicher Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) wurde nun zur Grundlage für eine Untersuchungsmission, die außergerichtliche Tötungen, Verschwindenlassen, willkürliche Verhaftungen und Folter und Misshandlungen seit 2014 untersuchen soll und die Verantwortlichen vor Gericht bringen soll. Es wird dort über 1569 Fälle von Tötungen berichtet, die zwischen Januar 2019 und Mai 2019 als „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ eingestuft wurden, andere Quellen nennen noch höhere Zahlen. Der OHCHR erklärte, dass es sich bei vielen dieser Tötungen um außergerichtliche Hinrichtungen handeln könnte, was nach internationalem Recht ein Verbrechen darstellt.

### **Folter**

Amnesty International liegen Berichte über Folter und Misshandlungen von Gefängnisinsassen vor. So wurde am 21. Juni der pensionierte Marinekapitän Rafael Acosta Arévalo von der Leitung der militärischen Spionageabwehr in Haft genommen, seine Familie und sein Rechtsanwalt wurden über sein Schicksal und seinen Verbleib nicht informiert. Acht Tage nach seinem Verschwinden wurde er vor ein Militärgericht gebracht, und es gab bei ihm klare Anzeichen von Folter. Er starb wenige Stunden später in einem Militärkrankenhaus. Der Generalstaatsanwalt eröffnete eine Untersuchung des Falles und zwei Militärangehörige wurden wegen Totschlags angeklagt und für schuldig befunden, es wurde keine Anklage wegen Folter erhoben.

Laut dem Bericht des OHCHR werden als Folter unter anderem Elektroschocks, das Beinahe-Ersticken mit Plastiktüten oder durch Ertränken, oder auch sexuelle Gewalt angewandt.

[www.amnesty.org/en/countries/americas/venezuela/report-venezuela/](http://www.amnesty.org/en/countries/americas/venezuela/report-venezuela/)

Amnesty Journal 03/2019